



Presseinformation

Es gilt das gesprochene Wort!

Nr. 201 / 2013

Kiel, Freitag, 26. April 2013

Wolfgang Kubicki, MdL
Vorsitzender

Christopher Vogt, MdL
Stellvertretender Vorsitzender

Dr. Heiner Garg, MdL
Parlamentarischer Geschäftsführer

Europa / Wahlrecht für Unionsbürger

Dr. Ekkehard Klug: Demokratische Teilhabe erweitern!

In seiner Rede zu TOP 28, 35 und 45 (Kommunales Wahlrecht für Nicht-deutsche und Wahlrecht für Unionsbürger zur Landtagswahl) erklärt der europapolitische Sprecher der FDP-Landtagsfraktion, **Dr. Ekkehard Klug**:

„Europa wächst zusammen. 1993, mit Einführung der Unionsbürgerschaft, haben alle Bürger der EU europaweit das kommunale Wahlrecht erhalten. Die Zahl der Unionsbürger, die in einem anderen Mitgliedstaat der EU leben, hat sich seit dem Jahre 2000 fast verdoppelt – auf nunmehr rund acht Millionen Menschen. Gleichzeitig haben der Lissabonner Vertrag von 2009 und das ‚Lissabon-Urteil‘ des Karlsruher Bundesverfassungsgerichts für eine erweiterte Mitwirkung des Bundestages, des Bundesrats und auch der Landtage in europäischen Fragen gesorgt. Auch deshalb ist es aus unserer Sicht wichtig und notwendig, dass Unionsbürger, die bei uns leben und arbeiten, auch erweiterte demokratische Teilhabemöglichkeiten erhalten – nämlich das Landtagswahlrecht.

Hierauf zielt der FDP-Antrag ab, der eine entsprechende Bundesratsinitiative Schleswig-Holsteins fordert.

Generell ist das Ausländerwahlrecht ein wichtiges Instrument für die Integration der bei uns lebenden Menschen anderer Staatsangehörigkeit. Deshalb wird die FDP-Landtagsfraktion auch dem zweiten vorliegenden Antrag zustimmen, der eine Bundesratsinitiative für ein kommunales Wahlrecht aller ausländischen Mitbürger zum Ziel hat.“